

KURZ UND PRÄGNANT

Drei RechtsRock-Festivals in Themar

In der Stadt Themar, Landkreis Hildburghausen, sollen im Juli drei RechtsRock-Events stattfinden: Am 1. Juli das „Rock für Deutschland“, bisher in Gera, am 15. Juli das „Rock gegen Überfremdung 2“ und am 29. Juli das „Rock für Identität“. „Themar wird damit zum RechtsRock-Austragungsort Nummer Eins in Deutschland, es ist von 5.000 bis 7.000 Teilnehmern der Neonazi-Szene auszugehen“, sagt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

Themar dürfe nicht alleingelassen werden: Politik, Behörden und Zivilgesellschaft seien gefragt, um den Bürgern jegliche Unterstützung zu geben und insbesondere die mit den Nazi-Veranstaltungen einhergehenden Angsträume zu beschränken. Die Linksfraktion erwartet ein angemessenes Sicherheitskonzept. Dass ausgerechnet ein Thüringer AfD-Mitglied das Grundstück für die Neonazi-Konzerte zur Verfügung stelle sei bezeichnend. Wenn alle drei Konzerte über die Bühne gehen, verschwinden über 100.000 Euro in den mehr oder weniger verborgenen Kassen der Neonazis.

Die Abgeordnete hat eine parlamentarische Beobachtungsgruppe initiiert, welche Auftreten und Agieren der Neonazis beobachten wird sowie vor Ort für Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Rechte der Kinder stärker machen

Eine Stärkung der Kinderrechte hat Kati Engel, die kinderpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gefordert. „Nach über 25 Jahren UN-Kinderrechtskonvention ist es an der Zeit, Kinderrechte sowohl in die Thüringer Verfassung als auch ins Grundgesetz aufzunehmen“, fügte die Landtagsabgeordnete hinzu. „Kinder dürfen nicht länger allein als Bestandteil von Familien gesehen werden, sondern müssen endlich eigenständige Rechtssubjekte mit Verfassungsrang werden. Nur so ist es möglich, ihre Interessen und Bedürfnisse besser zu schützen.“

Es sei „höchste Zeit, dass Jungen und Mädchen in Thüringen die Teilnahme an demokratischen Prozessen und damit verbundenen Beteiligungsverfahren ermöglicht wird“, betonte Kati Engel unter Verweis auf die Anstrengungen von Rot-Rot-Grün, „die direkte Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und kinder- und jugendgerechte Partizipationsstrukturen landesweit auszubauen“.

Verwaltungshandeln führt immer wieder zu Eingaben

MdL Anja Müller zum Arbeitsbericht des Petitionsausschusses des Landtags

„Nimmt man einmal die Petitionen aus dem Bereich Strafvollzug heraus, zeigt sich erneut ein Schwerpunktbereich. Er betrifft die Sozialgesetzgebungen des Bundes. Hartz IV und der damit einhergehende Umgang in Jobcentern und Sozialämtern mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern führt häufig zu Einreichung von Petitionen“, so Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Petitionen und Bürgerbeteiligung, zum am 30. Mai vorgelegten Bericht 2016 des Petitionsausschusses.

Aber auch das Verwaltungshandeln der Wasser- und Abwasserzweckverbände werde häufig kritisiert und führe zu Eingaben an den Thüringer Landtag, also an den Petitionsausschuss.

„Immer wieder begeben sich die Abgeordneten auf Spurensuche, analysieren Satzungen und geben danach eine Empfehlung an den Petenten ab. Doch was häufig fehlt ist, dass die betroffenen Verwaltungen ihr Handeln kritisch

überprüfen, um ihre Arbeit bürgerfreundlicher auszurichten und zu kommunizieren“, sagte die Abgeordnete.

Wie es gehe, zeigten jedoch verschiedene Stadtverwaltungen. „So wurde von der Berufsakademie Gera-Eisenach, jetzt Duale Hochschule, im Jahr 2015 eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht, die Bürgerservicestellen in den 32 wichtigsten Städten des Freistaates untersucht.“

Dort rangiert die Stadt Bad Salzungen an der Spitze. „Und wenn man sich einmal das Bürgerbüro und den Umgang der geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bad Salzungen anschaut, wundert es nicht, dass von dort kaum Beschwerden an den Thüringer Landtag gerichtet werden. Der Bürger ist nicht für die Verwaltung da, sondern die Verwaltung sollte sich immer als Dienstleister für die Menschen sehen“, betonte Anja Müller auch mit Blick auf die kommende Verwaltungsreform. Sie verwies zudem auf ein anderes Beispiel: Die Jugendorganisation der CDU, die Junge Union, hatte im Ju-

ge der Bürgermeisterwahlen in Sonneberg Unterschriften gesammelt für den Erhalt von Sonneberg als Kreisstadt. Auch wenn diese nicht wie üblich auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtages eingingen, wurden die Unterschriften durch alle Mitglieder des Ausschusses anerkannt, obwohl das Petitionsgesetz etwas anderes besagt.

Dennoch wirbt Anja Müller abschließend für das Einreichen von Beschwerden auf der Homepage des Thüringer Landtages: <https://petitionen-landtag.thueringen.de/>

„Wer etwas erreichen will, eine Veränderung anstrebt, muss den Weg zum Parlament gehen. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich die Abgeordneten mit dem Thema auseinandersetzen. Im Übrigen war DIE LINKE Landtagsfraktion im Jahr 2016 Vorreiter für den ersten Petitionsflyer für Kinder und Jugendliche. Denn jeder ist, unabhängig vom Alter, berechtigt, sich mit einem Anliegen an den Ausschuss zu wenden.“

Arbeitslosigkeit unter sechs Prozent - eine Analyse

„Die Freude darüber, dass die Arbeitslosigkeit in Thüringen im Mai 2017 erstmals die 6-Prozent-Marke unterschritten hat, ist gerechtfertigt und ich teile sie. Mit 5,9 Prozent liegt die Arbeitslosenquote 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Es lohnt sich eine nähere Betrachtung und Analyse“, sagt Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Seit dem Jahr 2010 konnte die Arbeitslosigkeit in Thüringen fast halbiert werden. Sie beträgt thüringenweit mit 67.163 Arbeitslosen noch 56,4 Prozent der 119.031 Arbeitslosen im Jahr 2007. Vergleicht man den Abbau nach Planungsregionen, so wird deutlich, dass der Rückgang in Südthüringen (um 50,5 Prozent) am größten ist, gefolgt von Mittelthüringen (um 43,5 Prozent), Nordthüringen (um 41,9 Prozent) und Ostthüringen (um 40,8 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat (5/2016) hat die Arbeitslosigkeit in ganz Thüringen um 12,3 Prozent abgenommen. Spitze dabei ist die Stadt Suhl mit minus 23 Prozent und Schlusslicht die Stadt Gera mit minus 2,1 Prozent. Dennoch bleibt festzustellen, dass der Anteil der Hartz-IV-Empfänger mit 44.460 doppelt so hoch ist wie der der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III mit 22.703. Damit wird deutlich, dass die Vermittlungschancen wesentlich größer sind, je kürzer die Zeit der Arbeitslosigkeit ist. Umgekehrt wird das immer schwieriger, je länger Menschen keinen Zugang zu regulärer Erwerbstätigkeit haben.

Es ist bekannt, dass Arbeitslosigkeit für Betroffene und ihre Familien meist

Seit 2005 findet monatlich im Wahlkreisbüro von Ina Leukefeld in Suhl das Erwerbslosenfrühstück mit Zeit zum Gedankenaustausch statt.



mehr als ein Knick in der Erwerbsbiografie ist. Wer arbeitslos wird, erlebt dies meist als schwere Belastung, die weit über finanzielle Einschränkungen hinausgeht. Depressionen, Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit bis hin zur Resignation sowie Selbstvorwürfen, verringertem Selbstwertgefühl, geringeren Aktivitäten mit Vereinsamung infolge sind psychischen Belastungen und befördern Krankheitsrisiken.

Darin liegen wesentliche Ursachen für eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, die auch in Thüringen zu verzeichnen ist. Die Tatsache, dass auch bei Langzeitarbeitslosigkeit erneut ein Rückgang zu verzeichnen ist, ist zu begrüßen, sie bringt aber keine grundsätzliche Entwarnung. Die Analyse der „Abgangszahlen“ im Arbeitsmarktbereich bundesweit macht deutlich: 13 Prozent der Langzeitarbeitslosen werden in Arbeit vermittelt, 4 Prozent sind in Maßnahmen, 22 Prozent sind in Ausbildung und Qualifizierung. Der weitaus größte Teil, nämlich 61 Prozent, verabschiedet sich vom Arbeitsmarkt. Diese Langzeitarbeitslosen gehen in Rente oder melden sich als Leistungsbezieher ab.

Wie die jährliche Analyse der Langzeitarbeitslosigkeit der Bundesagentur für Arbeit zeigt, erklärt sich der Abbau zum einen durch die stärker präventive und aktive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere auf ältere Langzeitarbeitslose gerichtet ist. Es gibt bessere öffentliche Förderung mit Bundes- und Landesprogrammen, die Wirkung zeigen. So partizipieren in Thüringen in Summe ca. 4.000 Menschen von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, etwa 10.000 Betroffene sind in beruflicher Bildung und Weiterbildung. Sie gehören zu den 38.596 Menschen, die unter die Rubrik „Unterbeschäftigung“ gezählt werden und deshalb nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

„Strategisch muss es Überlegungen geben, wie Arbeit und ein Mehr an sozialer Teilhabe möglich werden. Deshalb bleibt die Forderung an die Bundesregierung bestehen, endlich die Mittel zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit so zu bündeln, dass ein fairer Lohn für geleistete Arbeit gezahlt wird und der Arbeitsmarkt nachhaltig wird“, so Ina Leukefeld.